

# Lothar Epe ungehaltene Rede

**OLPE** ZUE: „Setzt die Verwaltung mit diesem Argument auf die Schockwirkung dieser Zahlen?“

*Neun Seiten Manuskript  
blieben nach der  
Befangenheits-Erklärung in  
der Tasche.*

win ■ Wie die gesamte Stadt, ist auch die Olper CDU gespalten, was die Frage der Einrichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung in der ehemaligen Familienferienstätte angeht. Wie berichtet, hatte der Rat am Dienstag mit 25 zu 14 Stimmen für die Vermietung des von der Stadt gekauften Gebäudes an das Land und die Einrichtung der ZUE gestimmt. Vier anwesende CDU-Mitglieder stimmten mit Teilen der Opposition dagegen.

CDU-Ratsherr Lothar Epe hatte sich für befangen erklärt, nachdem Bürgermeister Horst Müller ihn kurz vor der Sitzung darauf hinweisen lassen, bei einer Ablehnung der ZUE könne Epe als Vorsitzender des Kreis-Caritas-Verbands Befangenheit vorliegen. Epe hatte zwar dagegen protestiert, aber unter dem Hinweis, nicht weiter provozieren zu wollen, den Beratungstisch verlassen. Da ihm damit auch das Rederecht genommen war, blieb sein neunseitiges Manuskript in der Tasche. Insbesondere echauffierte Epe sich in der Sitzung, dass der entsprechende Hinweis erst kurz vor der Sitzung ergangen sei, er sich also umsonst vorbereitet habe.

In seinem vorbereiteten Redebeitrag hatte er sich äußerst kritisch mit den Folgen einer ZUE befasst. Der Rat beschließt damit eine „Variante der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Olpe, die geeignet ist, das Gesicht der Stadt und das Lebensgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verändern“, so Epes Manuskript.

„Die Stadt Olpe selbst gehört bei der Einrichtung der ZUE nicht mehr zu den aufnehmenden Kommunen, wäre also das Problem einer dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen los und hätte mit der Betreu-



*Der Riss zwischen ihnen dürfte nicht mehr zu kitten sein: Bürgermeister Horst Müller (l.) und Ratsherr Lothar Epe (r.).*

*SZ-Archivfoto: win*

ung der Flüchtlinge in der ZUE nichts mehr zu tun.“ In einer Zeit, in der absehbar sei, dass die Kommunen von einem großen Teil der Unterbringungskosten entlastet würden, sei eine solche Entscheidung je nach Lesart „schwierig“ oder „leichtfertig“, in jedem Fall aber schwer zu begründen.

Ein Gebäude könne baulich noch so schön sein – er könne sich mit lagerähnlichen Massenunterkünften nicht anfreunden. „Wer von uns Politikern, die heute für die Einrichtung einer ZUE stimmen werden, stellt sich hin und bestätigt den Menschen auf dem Bratzkopf, bestätigt den Hauseigentümern: Ja, es stimmt voll

und ganz: Durch die ZUE sinkt der Marktwert eurer Häuser! Ja, es stimmt: Durch die ZUE erfährt euer bisher relativ ruhiger Wohnbereich eine grundlegende Veränderung! Wer stellt sich hin und sagt: Ja, es stimmt: Wir, die von euch in der letzten Kommunalwahl gewählten politischen Vertreter, muten euch ganz bewusst und gezielt eine grundlegende Veränderung eures bisherigen Alltags, eures gewohnten Umfeldes zu! Das wäre ehrlich! Wer traut sich?“

Hinter der Verwaltungsvorlage sei ein ausschließlich fiskalischer Denkansatz zu erkennen. Das von der Verwaltung ge-

nannte Sparvolumen verleite geradezu, wenn auch in der Sache nicht vergleichbar, zu glauben, die Stadt lasse sich den Neubau des Rathauses in ungefähr gleicher Höhe vom Land via ZUE bezahlen. „Was treibt unsere Stadtverwaltung zu einer derartigen Provokation der Bürgerinnen und Bürger? Wem dient es, derartige Spekulationen (...) überhaupt erst auf den Weg zu bringen? Wem hilft die Gegenüberstellung derart unsicherer Zahlen: Kosten der ZUE: keine – Kosten der dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen bis 2020: 11 Mill. Euro? Setzt die Verwaltung mit diesem Argument auf die Schockwirkung dieser Zahlen, um so den Beschluss einer ZUE leichter durchsetzen zu können?“

Als Alternative sei das vom „Forum Integration“ erarbeitete Konzept die bessere Lösung, so Epe. Er befürchtet, dass bei einer ZUE der ehrenamtliche Einsatz rasch nachlässt, weil bei häufig wechselnden Personen kein Beziehungsaufbau stattfindet. Ausdrückliches Lob zollt Lothar Epe in seinem Redemanuskript der Bürgerinitiative. „Als sie in den Startlöchern stand, habe ich, wie viele andere auch, geglaubt: Ach, das wird ein Interessensclub von Menschen sein, die nichts anderes im Sinn haben als die Verhinderung einer ZUE, weil sie ihre Ruhe, ihr gewohntes angenehmes Leben auf dem Bratzkopf empfindlich stört.“ Dabei habe sich die BI jedoch mit Sachlichkeit, Zurückhaltung in der Sprache, in fairem Umgang das Thema „Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern“ aufs Tapet gebracht. „Sie haben zukunftsorientierte Anfragen an uns alle, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft unserer Stadt gestellt. Sie haben, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung, Kommunalpolitik in Olpe bewegt und verändert. Großes Lob und großen Dank!“

Wie berichtet, will Epe nach diesem Zwischenfall seine Mitgliedschaft in der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Olpe so lange ruhen lassen, bis Horst Müller nicht mehr Bürgermeister ist.